



Polizeigewalt gehörte zuletzt immer wieder zu den Kritikpunkten.

Foto: APA/Punz

Schutz der Menschenrechte ist verbesserungswürdig

Wien – Die Menschenrechtssituation in Österreich ist Gegenstand zahlreicher Prüfungsverfahren im Rahmen der Vereinten Nationen und des Europarats. 2011 wurde Österreich zum ersten Mal im Rahmen des „Universellen Überprüfungsmechanismus“ („Universal Periodic Review“, UPR) durch den UNO-Menschenrechtsrat geprüft. Dieses Jahr findet der mittlerweile dritte Review am 22. Jänner in Genf statt. Die Situation ist allgemein gesprochen verbesserungswürdig. Anlässlich der diesjährigen Prüfung

befinden sich im Bericht zivilgesellschaftlicher Organisationen mehr als 150 Beanstandungen. Konkret wurden bei einer Online-Video-Diskussion am Donnerstagabend u. a. die Themen Polizeigewalt, Flucht und Migration und die Stärkung der Volksanwaltschaft genannt.

„Wir haben hier einzelne Punkte umgesetzt“, es sei aber wichtig, „möglichst viel zu erreichen“, sagte Florian Horn, Koordinator des UPR-Schattenberichts der Österreichischen Liga für Menschenrechte.

Für Teresa Hatzl von Amnesty International sollten die Empfehlungen in einem „fortlaufenden Prozess“ umgesetzt und damit die Situation stetig verbessert werden.

National sei die Erwartungshaltung nach Vorschlägen oft zu hoch, weshalb es bisweilen Enttäuschung gebe. „Leider geht manches nicht so schnell“, das sei trotz aller Bemühungen so, sagte Helmut Tichy vom Außenministerium. Deswegen sei die permanente Diskussion mit der Zivilgesellschaft essenziell. (APA, TT)